

Der Verlust normativer Selbstverständlichkeit

Zur Bedeutung des normativen Strukturwandels in rechtspopulistischen Orientierungen

Frank Schumann

Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Das Elektorat rechter Parteien: Motive, Mechanismen, Kontexte«

Einleitung

Wähler:innen der Alternative für Deutschland (AfD) haben deutlich häufiger das Gefühl, gesellschaftlich benachteiligt zu sein oder ungerecht behandelt zu werden. Interessanterweise gilt das für alle sozialen Lagen, unabhängig vom Einkommen und Bildungsstand (Bergmann et al. 2017). Das ist grundsätzlich keine neue Erkenntnis: relative Deprivation – so der sozialpsychologische Begriff – wird schon seit Jahrzehnten als ein wesentlicher Einflussfaktor auf die Ausbildung rechtsradikaler Orientierungen diskutiert (Pettigrew 2002). Aber obwohl der relativen sozialen Lage zu anderen Gruppen eine entscheidende Rolle zukommt, wurde bisher nicht systematisch untersucht, auf welche normativen Überlegungen und Vorstellungen einer gerechten gesellschaftlichen Ordnung sich rechtsorientierte Menschen berufen, um jenen relativen Ansprüchen Ausdruck zu verleihen und sie zu rechtfertigen.

Der Beitrag möchte daher einen Vorschlag unterbreiten, wie die normativen Hintergründe in der Unterstützung der AfD systematischer erfasst werden können und ausgehend von bisherigen Untersuchungen darstellen, worin diese bestehen. Das wird in drei Schritten erfolgen: Anfangs wird rekonstruiert, welche Hinweise sich in bisherigen Studien auf normative Aspekte in der Motivbildung für die AfD-Wahl finden lassen. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf zwei Ausprägungen: auf Ungerechtigkeitsempfindungen und auf dem Eindruck, dass ein gesellschaftliches Ordnungsgefüge zerfällt. Anschließend wird mit Luc Boltanskis Soziologie der Kritik ein theoretischer Rahmen vorgestellt, in dem diese Beobachtungen systematischer formuliert werden können. Im dritten und abschließenden Teil wird schließlich eine Synthese versucht und mit Bezug auf qualitative Studien dargestellt, welche normativen Prinzipien AfD-Anhänger:innen als gestört wahrnehmen.

Ungerechtigkeitsempfinden in der AfD-Wähler:innenschaft

In den meisten Studien wird übereinstimmend angenommen, dass unter den Motiven für die Wahl der AfD das Bedrohungserleben infolge gesellschaftlichen Wandels einen bedeutenden Stellenwert

einnimmt. Oftmals wird das mit Globalisierungsprozessen in Zusammenhang gebracht und die Wahl der AfD als eine defensive Reaktion derjenigen verstanden, die sich selbst als Verlierer:innen der Globalisierung sehen: etwa die Industriearbeiter:innenschaft, untere Bildungsabschlüsse aber auch schlicht konservativ eingestellte Personengruppen. Meist steht dabei die Frage nach den konkreten Aspekten der Wandlungsprozesse, die als problematisch wahrgenommen werden, im Vordergrund – ökonomische Wandlungsprozesse (Manow 2018), kulturelle (Inglehard, Norris 2019) und/oder politische (Jörke, Nachtwey 2017; Patzelt 2018). Aber ganz unabhängig davon, in welcher Dimension die Benachteiligung befürchtet wird, AfD-Wähler:innen scheinen grundsätzlich den Eindruck zu haben, im Vergleich zu anderen schlechter dran zu sein (Hilmer et al. 2017; Krause 2020; Lux 2018; Pickel 2019). Diese Benachteiligung macht sich insbesondere gegenüber solchen Gruppen bemerkbar, die bisher als Statusunterlegen wahrgenommen wurden, wie etwa Frauen oder Geflüchtete.

Interessanterweise bezieht sich diese Angst nicht unbedingt auf einen aktuell erlebten Abstieg, sondern auch auf einen für die Zukunft antizipierten. Auch wenn etwa die Arbeitsplatzsituation im Moment noch als zufriedenstellend wahrgenommen wird, haben Anhänger:innen der AfD eher das Gefühl, dass sie diesen Status bald verlieren könnten (Bergmann et al. 2017; Hilmer et al. 2017; Kohlrausch 2018). Dieser Pessimismus zeigt sich besonders bezogen auf das eigene Alter – also für die Rente – aber auch auf die eigenen Kinder. Es wird erwartet, dass es den Kindern schlechter gehen wird als einem selbst. Auch im kulturellen Bereich zeigt sich ein ähnliches Bild: Obwohl im Osten Deutschlands der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund deutlich geringer ist als in den westdeutschen Bundesländern, ist hier die Angst vor Migration deutlich ausgeprägter (Bergmann et al. 2017). Wenn aber negative Veränderungen erst für die Zukunft erwartet werden, worin besteht dann die Benachteiligungserfahrung, die bereits jetzt wahrgenommen wird?

Einen Hinweis auf eine mögliche Antwort findet sich in einigen anderen Eigenheiten der AfD-Wähler:innenschaft. Der Pessimismus ist vielfach mit der Annahme verbunden, dass ein gesellschaftliches Ordnungsgefüge bedroht ist – oder illegitim zu werden droht. Neben dem allgemeinen und ostentativen Misstrauen rechtsorientierter Wähler:innen gegenüber öffentlichen Institutionen (Decker et al. 2020) macht sich das etwa in Vereinzelungstendenzen bemerkbar. AfD-Wähler:innen haben überdurchschnittlich oft den Eindruck, in der Bewältigung von Herausforderungen, die sich in ihrem Leben stellen, zunehmend auf sich allein gestellt zu sein (Müller-Hilmer, Gagné 2018). Dieses Gefühl ist wiederum im Osten besonders ausgeprägt (Rösel, Samartzidis 2018). Ergänzt wird das durch eine diffuse Angst vor dem Verlust der deutschen Kultur und Identität (Pickel 2019). Diese drei Aspekte – Misstrauen gegenüber Institutionen, Vereinzelungstendenzen und Verlust der Kultur – lassen sich als eine wahrgenommene Desintegration einer gemeinschaftlichen Ordnung zusammenfassen. In diesem Zusammenhang findet sich oftmals auch ein nostalgische Tendenz unter Anhänger:innen rechtspopulistischer Parteien, die im Zusammenspiel mit der gefühlten Benachteiligung als „nostalgic deprivation“ (Gest et al. 2018) bezeichnet werden kann.

Es lässt sich daher vermuten, dass die für die Zukunft erwartete Benachteiligung auf eine schon jetzt erfahrene Veränderung in der normativen Struktur der Gesellschaft zurückgeht, die als Zerfall einer vertrauten Sozialordnung erlebt wird.

Zur normativen Struktur sozialer Handlungskontexte

Mithilfe der Soziologie der Kritik von Luc Boltanski soll nun versucht werden, diesen eher schlaglichtartigen Hinweisen auf normative Aspekte in der Motivbildung für die AfD-Wahl eine kohärentere theore-

tische Gestalt zu geben. Boltanski geht in seiner zusammen mit Laurent Thévenot entwickelten Theorie (Boltanski, Thévenot 2014) davon aus, dass soziale Handlungssituationen durch normative Ordnungen strukturiert werden, die sie *Gemeinwesen* nennen. Der Zweck dieser normativen Ordnungen ist es, den Status von Handlungen und Akteur:innen festzulegen und so soziale Interaktionen zu koordinieren. Diese Gemeinwesen variieren je nach sozialem Feld. So ist etwa das industrielle Arbeitsregime anders normativ strukturiert als das Familienleben oder die Marktsphäre. In allen Fällen stellen die normativen Ordnungen aber ein System von Differenzen bzw. Ungleichheiten dar, durch das Akteur:innen ein spezifischer Platz im sozialen Miteinander zugewiesen wird. Legitimiert werden die Differenzen in Status, Ansehen und Bedeutung durch ein sogenanntes *Äquivalenzprinzip*. In einem meritokratischen System ist, um ein Beispiel zu geben, Leistung das Äquivalenzprinzip: Differenzen im Status und Ansehen werden damit gerechtfertigt, dass sie auf unterschiedliche Leistungsniveaus zurückgeführt werden.

Umgekehrt heißt das aber auch, dass Ungerechtigkeitsempfindungen dann entstehen, wenn der Status von Personen nicht mit dem jeweils geltenden Äquivalenzprinzip erklärt werden kann. Dabei kann man zwischen einem eher einfachen Fall von Ungerechtigkeit und einem komplexen Fall unterscheiden. Im einfachen Fall hat lediglich eine Person einen falschen Status inne – etwa, wenn sich herausstellt, dass ein Angestellter sein Hochschulzeugnis gefälscht hat und damit formal nicht für die Position qualifiziert ist, die er aktuell bekleidet. In diesem Fall lässt sich die Ordnung wieder herstellen, indem die Person entlassen wird. Wenn nun aber solche Störungen gehäuft auftreten, bedrohen sie außerdem die Glaubwürdigkeit des sozialen Ordnungsgefüges oder anders gesagt: die Legitimität des jeweiligen Gemeinwesens. Wenn sich etwa herausstellt, dass das gesamte Leitungspersonal einer Firma nicht die entsprechenden Qualifikationen vorzuweisen hat und nur deswegen in die Position gekommen ist, weil es mit der Geschäftsführung verwandt ist, stellt sich die Frage, ob die Statusdifferenzen im Unternehmen wirklich durch Qualifikation und Leistung zustande kommen – oder durch ein anderes Prinzip wie etwa verwandtschaftliche Nähe strukturiert werden. Damit wird das soziale Ordnungsgefüge als Ganzes normativ erschüttert.

Folgt man dem so weit, so lässt sich vermuten, dass unter Anhänger:innen der AfD der komplexere Fall vorliegt, nämlich ein Gefühl, dass die soziale Ordnung selbst durch den Einzug neuer Äquivalenzprinzipien illegitim zu werden droht. Die nostalgische Orientierung, das Gefühl nicht mehr legitimerweise Unterstützung einfordern zu können aber auch die Angst vor dem Verlust der deutschen Kultur deuten darauf hin. Das lässt sich als Verlust normativer Selbstverständlichkeit beschreiben, da in Situationen sozialen Wandels die zuvor als selbstverständlich wahrgenommenen Kategorien, mit denen Menschen ihren Platz in der gesellschaftlichen Ordnung bestimmt oder an der sie sich in ihrer Lebensführung orientiert haben, problematisch geworden sind. Die Folgen davon sind vielfältig. So steht einerseits die an diesen Prinzipien orientierte Lebensführung gewissermaßen vor einem Legitimationsproblem. Andererseits wird es so auch schwieriger, eigene politische Interessen zur Anerkennung zu bringen, da die bisher in Anspruch genommenen Äquivalenzprinzipien an Geltung verloren haben. Möglicherweise gehen hierauf die Eindrücke zurück, dass die Politik nicht mehr responsiv genug ist und daher für die Zukunft mit Schlechterem zu rechnen ist.

In Situationen wahrgenommener Ungerechtigkeit können Menschen allerdings – so Boltanski – die verletzten Prinzipien wieder zur Geltung bringen, indem sie Kritik üben. Dabei müssen sich die Kritiker:innen in der sozialen Situation in der ein oder anderen Weise auf die Prinzipien berufen, die sie als gestört wahrnehmen, um darzustellen, was das Problem ist und zu umreißen, was die eigentliche Ordnung der Dinge wäre. Das heißt in dem hier behandelten Fall, dass sich in der Kritik der AfD-Anhänger:innen jene normativen Referenzkategorien rekonstruieren lassen müssen, die sie als gestört

wahrnehmen. Das wird abschließend noch einmal im Hinblick auf die ökonomischen und kulturellen Dimensionen der Bedrohungsgefühle versucht.

Normative Bedrohungslagen im Elektorat der AfD

Unter den Faktoren, die die AfD-Wahl begünstigen, sind wahrscheinlich die ökonomischen Aspekte am besten untersucht. Hierzu finden sich sowohl größere sozialstrukturelle Untersuchungen als auch qualitative Forschungsansätze, etwa in der Arbeitssoziologie. Gerade letztere geben deutliche Hinweise darauf, dass in den letzten Jahren durch den strukturellen Wandel des Arbeitsmarktes ein Gefühl von Leistungsgerechtigkeit erschüttert wurde – etwa durch Entwertung einfacher und mittlerer Bildungsabschlüsse, Verlust von Arbeitsplatzsicherheit und eingeschränkten Aufstiegschancen (Dörre 2019; Dörre et al. 2018; Dörre et al. 2011; Menz, Nies 2019). Abhängig von der sozialen Lage drückt sich diese Wahrnehmung in zwei Gestalten aus (Sthamer 2018): Einerseits ist das Gefühl verbreitet, dass kein sozialer Aufstieg mehr möglich ist und prekäre Verhältnisse sich verhärten – davon sind besonders untere Einkommen betroffen. Andererseits haben aber auch Personen mit mittleren Einkommen den Eindruck, dass der soziale Abstieg für sie wahrscheinlicher ist als der Aufstieg. Hier herrscht ein Gefühl von „nichtnormaler Normalität“ vor (Hürtgen, Voswinkel 2014). Im Elektorat der AfD sind nicht überraschend untere und mittlere Einkommen überrepräsentiert (Bergmann et al. 2017; Brenke, Kritikos 2017; Pickel 2019).

Aus diesen Hinweisen lässt sich ableiten, dass AfD-Anhänger:innen den Eindruck haben, dass so etwas wie ein Leistungsprinzip gefährdet ist und soziale Teilhabe nicht mehr auf Basis eigener beruflicher Leistungsbereitschaft eingefordert werden kann.¹ Aber warum wird dann die AfD gewählt und nicht eine andere Partei, etwa die Linke? Allein ökonomische Gründe sind hierfür nicht ausreichend, auch wenn sie in Form der Forderung von Leistungsgerechtigkeit auftreten.

In der Erklärung des Rechtspopulismus wird daher oft ebenfalls auf soziokulturelle Aspekte verwiesen. Hier lautet die Grundannahme, dass gesellschaftliche Liberalisierungsprozesse traditionelle Modelle der Lebensführung entwertet haben und an ihre Stelle ein liberaler, urbaner Lebens- und Konsumstil getreten ist (Inglehard, Norris 2019; Inglehart, Norris 2016). Allerdings muss mit Blick auf die Studienlage einschränkend gesagt werden, dass die Entwertung der eigenen Lebensführung nicht so sehr durch urbane Lebensformen befürchtet wird (Biskamp 2020). Der kulturelle Kernkonflikt entspinnt sich vorwiegend an der Frage der Migration und an der Stellung des Islams (Pickel 2019). Es geht hier also nicht um einen Statuskampf zwischen Kosmopolit:innen und Kommunitarist:innen (Koopmans, Zürn 2019; Merkel 2017), sondern vor allem um die Frage, welchen Status kulturelle Außenseiter:innengruppen innehaben sollen. Wenn die kulturelle Bedrohung also durch Migrant:innen entsteht, dann lässt sich daraus hypothetisch ableiten, dass im kulturellen Bereich so etwas wie ein Konformitätsprinzip bedroht ist, das Insidern und Etablierten Prämien verspricht. Dieses Konformitätsprinzip spielt in die Wahrnehmung des Leistungsprinzips hinein. So wirkt sich die ökonomische Bedrohung vor allem dann auf die Wahl der AfD aus, wenn zugleich Migration abgelehnt wird (Lengfeld, Dilger 2018).

Vor diesem Hintergrund lässt sich vermuten, dass es etwa die Aufnahme und soziale Unterstützung von Geflüchteten ist, die von AfD-Anhänger:innen als Beleg für die Verletzung des Leistungsprinzips

¹ Damit ist nicht gesagt, dass die sozialen Statusunterschiede tatsächlich durch Leistung entstehen, lediglich, dass diese als durch Leistung legitimiert verstanden werden.

gesehen wird. Dabei handelt es sich aber nicht um einen „realistischen Gruppenkonflikt“ (Sherif et al. 1988), bei dem zwei Gruppen um knappe Ressourcen – etwa Arbeitsplätze – konkurrieren. Wenn die hier entwickelten Annahmen zutreffen, dann wird vielmehr eine Statusordnung als verletzt angesehen, auf deren Basis Prämien und Schutz für Insider eingefordert werden können. Dieses Motiv findet sich in der öffentlichen Auseinandersetzung vor allem in zwei Formen: Einerseits, indem Migrant:innen als weniger Leistungsfähig erklärt werden – das würde Statusunterschiede naturalisieren. Oder, andererseits, indem davon die Rede ist, dass nicht alle versorgt werden können und daher in erster Linie Insider Ansprüche haben sollten. Hinweise darauf finden sich etwa in Arlie Russell Hochschilds (2018) Untersuchung von Tea-Party-Anhänger:innen oder in den Arbeiten der Gruppe um Klaus Dörre (Dörre et al. 2018). Grundsätzlich wären hier aber mehr Studien wünschenswert.

Fazit

Der Beitrag hat versucht, eine Erklärung dafür zu geben, was die unterschiedlichen Bedrohungslagen in der AfD-Wähler:innenschaft eint. AfD-Anhänger:innen, so wurde thesehaft vorgetragen, scheinen demnach vor allem eine normative Bedrohung zu empfinden, die darauf zurück geht, dass ein zuvor als legitim angesehenes System von Statusdifferenzen anscheinend erodiert. Dieses Statussystem honoriert Leistung für kulturelle Insider. Der Schutz von Geflüchteten sowie die Aufstiegsperspektiven für Menschen mit Migrationshintergrund stellen aus dieser Perspektive den Beweis dafür dar, dass sich Leistung nicht mehr lohnt. Diese Erklärung kann auch auf politische Vertretungsansprüche erweitert werden: Auch der Anspruch auf politische Vertretung wird von Insidertum abhängig gemacht.

Insofern ist die Annahme eines reinen Statuskonflikts, wie etwa von Cornelia Koppetsch (2018) und Andreas Reckwitz (2020) formuliert, nicht ausreichend. Status- und Machtdifferenzen, so wurde mit Boltanski ausgeführt, werden schließlich durch normative Prinzipien legitimiert. Das Bedrohungserleben, auf das rechtspopulistische Parteien reagieren, liegt damit also nicht allein im individuellen sozialen Abstieg, da dieser schließlich auch als legitim oder selbstverschuldet wahrgenommen werden kann – oder im Beispiel der AfD-Wähler:innen vielfach gar nicht stattfindet. Das Problem liegt eher darin, dass der eigene Status an Selbstverständlichkeit und Einforderbarkeit verliert, da die Grundlage der sozialen Statusallokation als illegitim wahrgenommen wird. Es handelt sich hier also nicht um einen realistischen Gruppenkonflikt um Status oder Einkommen, sondern um einen Konflikt darüber, ob der eigene Status gerechtfertigt ist.

Um bei Boltanski zu bleiben, wäre es daher lohnenswert, die Äußerungen von Kritik seitens der AfD-Anhänger:innen systematischer zu untersuchen. In diesem Beitrag wurden sie vor allem über soziologische Studien rekonstruiert, von denen sich nur wenige dezidiert mit normativen Motiven innerhalb der AfD-Wähler:innenschaft auseinandersetzen. Mit einer genaueren Untersuchung wäre möglicherweise auch zu klären, welche Schicht- oder Milieudifferenzen es in der Legitimierung sozialer Ansprüche gibt. Ebenso wäre systematischer zu untersuchen, wie sich das mit dem politischen Angebot der AfD verbindet und wie das Ungerechtigkeitsempfinden von ihr aufgegriffen wird. Der Beitrag konnte das nur andeuten.

Literatur

Bergmann, Knut, Matthias Diermeier und Judith Niehues. 2017. Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener? *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48:57–75.

- Biskamp, Floris. 2020. Kein Kommunitarismus, nirgends. Eine Retraditionalisierung wird die Sozialdemokratie nicht retten. Replik auf Carsten Nickel. *Leviathan* 48:70–89.
- Boltanski, Luc, und Laurent Thévenot. 2014. *Über die Rechtfertigung*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Brenke, Karl und Alexander Kritikos. 2017. Wählerstruktur im Wandel. *DIW-Wochenbericht* 29:595–606.
- Decker, Oliver, Johannes Kiess, Julia Schuler, Barbara Handke, Gert Pickel und Elmar Brähler. 2020. Die Leipziger Autoritarismusstudie 2020, Methoden, Ergebnisse, Langzeitverlauf. In *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*, Hrsg. Oliver Decker und Elmar Brähler, 27–88. Gießen: Psychosozial.
- Dörre, Klaus. 2019. „Land zurück!“. Arbeiter, Abwertung, AfD. *WSI-Mitteilungen* 72:168–176.
- Dörre, Klaus, Anja Hänel, Hajo Holst und Ingo Matuscheck. 2011. Guter Betrieb, schlechte Gesellschaft? Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein im Prozess kapitalistischer Landnahme. In *Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus*, Hrsg. Cornelia Koppetsch, 21–49. Wiesbaden: Springer VS.
- Dörre, Klaus, Sophie Bose, John Lütten und Jakob Köster. 2018. Arbeiterbewegung von Rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. *Berliner Journal für Soziologie* 28:55–89.
- Gest, Justin, Tyler Reny und Jeremy Mayer. 2018. Roots of the Radical Right: Nostalgic Deprivation in the United States and Britain. *Comparative Political Studies* 51:1694–1719.
- Hilmer, Richard, Bettina Kohlrausch, Rita Müller-Hilmer und Jérémie Gagné. 2017. Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_044_2017.pdf (Zugegriffen am: 09.12.2019).
- Hochschild, Arlie Russell. 2018. *Strangers in their own land. Anger and mourning in the American right*. New York: The new press.
- Hürtgen, Stefanie und Stephan Voswinkel. 2014. *Nichtnormale Normalität?* Berlin: Edition Sigma.
- Inglehard, Ronald und Pippa Norris., 2019. *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Inglehart, Ronald und Pippa Norris. 2016. Trump, Brexit, and the rise of populism. Economic have-nots and cultural backlash. https://faculty.uml.edu/sgallagher/Trump_Populism_Norris.pdf (Zugegriffen am: 09.12.2019).
- Jörke, Dirk und Oliver Nachtwey. 2017. Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien. *Leviathan* 45:163–186.
- Kohlrausch, Bettina. 2018. Abstiegsängste in Deutschland. Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus. *Working papers Forschungsförderung*. Düsseldorf. Hans-Böckler-Stiftung.
- Koopmans, Ruud und Michael Zürn. 2019. Cosmopolitanism and Communitarianism. How Globalization is reshaping politics in the twenty-first century. In *The Struggle Over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism*, Hrsg. Pieter De Wilde, Ruud Koopmans, Wolfgang Merkel, Oliver Strijbis und Michael Zürn, 1–34. Cambridge: Cambridge University Press.
- Koppetsch, Cornelia. 2018: Rechtspopulismus als Klassenkampf? Soziale Deklassierung und politische Mobilisierung. *WSI-Mitteilungen* 71:382–391.
- Krause, Werner. 2020. Strukturiert sozioökonomische Ungleichheit die Legitimitätswahrnehmungen und Wahlentscheidungen der Bürgerinnen? In *Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland*, Hrsg. Sascha Kneip, Wolfgang Merkel und Bernhard Weßels, 125–152. Wiesbaden: Springer VS.
- Lengfeld, Holger und Claudia Dilger. 2018. Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016. *Zeitschrift für Soziologie* 47:181–199.
- Lux, Thomas. 2018. Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70:255–273.
- Manow, Philip. 2018. *Die politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.

- Menz, Wolfgang und Sarah Nies. 2019. Marktautoritarismus und bedrohte Selbstverständnisse. Impulse der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung zur Erklärung von Rechtspopulismus. In *Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der „imperialen Lebensweise“, Externalisierung und exklusive Solidarität*, Hrsg. Carolina Book, Nikolai Huke, Sebastian Klauke und Olaf Tietje, 207–227. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Merkel, Wolfgang. 2017. Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In *Parties, Governments and Elite. The comparative study of Democracy*, Hrsg. Philipp Harfst, Ina Kubbe und Thomas Poguntke, 9–23. Wiesbaden: Springer VS.
- Müller-Hilmer, Rita und Jérémie Gagné. 2018. *Was verbindet, was trennt die Deutschen? Werte und Konfliktlinien in der deutschen Wählerschaft im Jahr 2017. Forschungsförderungsreport*. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Patzelt, Werner J. 2018. Mängel in der Responsivität oder Störungen in der Kommunikation? Deutschlands Repräsentationslücke und die AfD. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49:885–895.
- Pettigrew, Thomas F. 2002. Relative Deprivation as a Key Social Psychological Concept. In *Relative Deprivation: Specification, Development, and Integration*, Hrsg. Ian Walker und Heather J. Smith, 351–374. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pickel, Susanne. 2019. Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In *Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte und Jan Schoofs, 145–175. Wiesbaden: Springer VS.
- Reckwitz, Andreas. 2020. *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Rösel, Felix und Lasare Samartzidis. 2018. Wert- statt Geldmangel. AfD triumphiert im Osten dort, wo es an Toleranz und Vertrauen in die Politik fehlt. *ifo Dresden berichtet* 25:9–13.
- Sherif, Muzafer, O. J. Harvey, Jack B. White, William R. Hood und Carolin W. Sherif. 1988. *The Robbers Cave Experiment: Intergroup Conflict and Cooperation*. Middletown: Wesleyan University Press.
- Sthamer, Evelin. 2018. Die AfD-Wahl als Antwort auf Statusängste? Zum Einfluss ökonomischer Deprivation und Zukunftssorgen auf AfD-Wahlabsichten. *Zeitschrift für Sozialreform* 64:563–591.